

Es wird Zeit!

von Wolfgang Stuchly, Mitglied des Vorstandes der ISOR e.V.

Der Bundeskanzler mit seiner rot-grünen Kabinettsmannschaft und ein großer Mitarbeiterstab sind gegenwärtig emsig dabei, ein komplexes Gesetzeswerk vorzubereiten. Die SPD nennt es »Agenda 2010«, für die »Bündnis-Grünen« ist es »Die Ich-Wir-Reform«. Beide haben das gleiche Ziel: Den massiven Abbau sozialer Leistungen, verbunden mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen für Betroffene in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Renten.

Es ist schon bezeichnend, dass diese Reformdebatte in weitgehender Übereinstimmung mit der Argumentation der Unternehmerverbände erfolgt. Auf die konkreten Vorschläge der schwarz-gelben Opposition darf man gespannt sein.

Parallel zu diesen Vorhaben kündigen zahlreiche Verbrauchermärkte und Dienstleistungsunternehmen eine wesentliche Erhöhung ihrer Preise und Tarife mit den exotischsten Begründungen an. Ganz zu schweigen von den versteckten Teuerungen, die mit dem psychologischen Effekt der Umstellung von DM auf EURO heimlich realisiert wurden.

In dieser Situation sind die »Reformen«, die in des Wortes eigentlicher Bedeutung keine sind, für die Mehrzahl der Bürger in Deutschland eine erhebliche zusätzliche finanzielle Bürde. Diese Mehrfachbelastungen haben re-

gional noch verstärkende Wirkungen zumal die konkreten Lebensbedingungen und speziell die Altersversorgung in Ostdeutschland gegenüber den in den alten Bundesländern erhebliche Unterschiede aufweisen, was 13 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD unseren energischen Protest erfordern muss.

Wir protestierten

1. gegen die nach wie vor bestehenden Unterschiede in der Berechnung der Renten in Ost und West, die dazu führen, dass ein »Ostrentner« nur ca. 87 % der »Westrente« erhält, ganz abgesehen von dem in den alten Bundesländern bereits seit vielen Jahren bestehenden System der Betriebsrenten und der privaten Altersvorsorge als zwei weiteren »Standbeinen«, die es so in der DDR nicht gab,
2. gegen die schon im Vorfeld des Reformpaketes erkennbaren einseitigen Belastungen der unteren Einkommensgruppen, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, der Alleinerziehenden, der Frauen und besonders auch der Rentner und
3. gegen die Beibehaltung des Rentenstrafrechtes und gravierender Ungerechtigkeiten gegenüber bestimmten Gruppen von »Ostrentnern«, Rentenanwärtern und Hinterbliebenen, darunter den »staatsnahen« E 3-Gehaltsemp-

fängern und allen ehemaligen Mitarbeitern des MfS/AfNS der DDR.

Ausgehend davon fordern wir:

1. die Ost-West-Unterschiede bei der Berechnung der Rente in der gesetzlichen Rentenversicherung in einem überschaubaren Zeitraum – z.B. bis 2007, wie es das Ostdeutsche Memorandum 2003 fordert – endlich zu beenden,
2. notwendige Reformen sozial ausgewogen zu gestalten und alle Teile der Gesellschaft an den Belastungen entsprechend ihres Anteils am gesellschaftlichen Reichtum unseres Landes zu beteiligen,
3. die Rentenungerechtigkeiten gegenüber den »DDR-Staatsnahen« in positiver Auslegung des BVerfG-Urteils vom 28.04.1999 und im Zuge des geplanten Reformprogramms endlich zu beenden, denn – es ist nun genug, es wird Zeit, auch auf sozialem Gebiet endlich die Schützengräben des »Kalten Krieges« zu verlassen.

In einem Grundsatzdokument des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom Juni 2002 unter dem Titel »Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung« wird unter der Überschrift »Sozialer Zusammenhalt« u.a. festgestellt: »... Gelebte Solidarität und sozialer Zusammenhalt sind elementare Voraussetzungen einer lebenswerten, sozial gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft ... Armut und sozialer Ausgrenzung so weit wie möglich vorzubeugen, eine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu verhindern, alle Bevölkerungsschichten an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen, diese Elemente kennzeichnen die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung ... Auch die Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen kann den sozialen Zusammenhalt gefährden.«

► Fortsetzung auf Seite 2

Aufruf zu Protestdemonstrationen gegen den sozialen Raub in Deutschland

Der Vorstand der ISOR e.V. ruft die Mitglieder auf, sich an regionalen und zentralen Protesten gegen den Sozialabbau zu beteiligen!

Protestdemonstration gegen die Streichung heutiger und künftiger Rentenansprüche

am Montag, dem 13.10.2003 um 14.00 Uhr
vom Brandenburger Tor zum Roten Rathaus
Abschlusskundgebung gegen 15.00 Uhr

Es spricht u.a. Prof. Dr. Wolfgang Richter,
Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von
Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM)

gemeinsamer Aufruf der GBM mit der Partei Graue Panther
V.i.S.d.P. GBM, Weiltlingstr. 89, 10317 Berlin,
Bundesgeschäftsführer Gert Julius, Tel.: 030 557 83 97; Fax: 030 555 63 55
Email: gbmev@t-online.de

ES REICHT!
Alle gemeinsam
gegen Sozialkahltschlag!
BUNDESWEITE DEMONSTRATION
AM 1. NOVEMBER IN BERLIN!

Wir rufen auf:
Baut örtliche und regionale
Initiativen und Bündnisse gegen den Sozialabbau auf!
Organisiert am Montag, 20.10., regionale Aktionstage
in Betrieben und Städten!
Auf zur bundesweiten Demonstration am 1.11. in Berlin!

Bündnis gegen Sozialkahltschlag – www.Demo-gegen-Sozialabbau.de
V.i.S.d.P. A. Janku / M. Köster, 61440 Oberursel

Beginn: 13 Uhr
Alexanderplatz/Mollstr.
Abschlusskundgebung:
»Platz des 13. März«

Und der Bundeskanzler erklärt im Vorwort zu diesem Grundsatzdokument u. a. »Die Reform der Altersvorsorge gewichtet die Verantwortung zwischen den Generationen ...«

Also bitte, Herr Bundeskanzler, setzen Sie Ihre Richtlinienkompetenz dafür ein, im Sinne des zitierten Dokuments wirksam zu werden. Beseitigen Sie folgerichtig die noch immer fortbestehende Straffrente für sogenannte E 3-Fälle sowie die ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS und nutzen Sie dazu auch Ihr geplantes Reformkonzept.

In diesem Zusammenhang ist es sicher hilfreich an einige unserer Argumente zu erinnern:

► Die sogenannten DDR-Staatstragenden, darunter auch die Angehörigen der vier ehemaligen Sonderversorgungssysteme, deren Interessen wir als ISOR e. V. vertreten, haben ihre Tätigkeit in völliger Übereinstimmung mit der Verfassung und der bestehenden Rechtsordnung der DDR ausgeübt. Der DDR und ihrem Staatsapparat wurden zu keiner Zeit Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte vorgeworfen. Die nach 1990 eingeleiteten zahlreichen, politisch motivierten Strafverfahren endeten – bis auf wenige Ausnahmen – mit Freisprüchen und bei Verurteilungen war Siegerjustiz deutlich erkennbar. Also – warum Straffrente?

► Die Angehörigen der vier ehemaligen Sonderversorgungssysteme (in der Alt-BRD würde man es vermutlich Beamtenaltersversorgung nennen) haben vom ersten Tag ihrer Zugehörigkeit 10 % ihres Bruttogehaltes als Sozialabgabe eingezahlt. Das ist ihr Eigentum, weswegen sie Anspruch auf Sozialleistungen haben (Art. 14 GG). Fest steht jedenfalls eines, vergleichbare Einzahlungen der Staatsdiener der Alt-BRD gab es offensichtlich nicht.

► Warum werden Angehörige der vier ehemaligen DDR-Sonderversorgungssysteme renten- und versorgungsrechtlich unterschiedlich behandelt? Ihre Aufgabenstellung zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der DDR waren doch weitgehend gleich oder ähnlich. Wo ist hier das Gleichheitsprinzip nach Art. 3 GG?

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden hat in einem Schreiben an seine Mitgliedsverbände auf die weitere Auswertung der Desauer Konferenz hingewiesen. So werden in nächster Zeit Regional-konferenzen an verschiedenen Orten stattfinden. Chemnitz wird am 8. November den Anfang machen. Der ISOR-Vorstand ruft die TIG auf, sich aktiv in die Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen einzubringen.

Es ist mit Sicherheit die politische Absicht, dem Prinzip der brüderlichen Solidarität der ehemaligen Angehörigen untereinander das hinlänglich bekannte Prinzip »teile und herrsche« entgegenzustellen.

► Die vermeintlich »überhöhten Einkommen« von DDR-Staatsfunktionären wurden bereits mit der Systemscheidung zur Überführung von DDR-Versorgungssystemen in die gesetzliche Rentenversicherung der BRD bis zur Beitragsbemessungsgrenze (ca. 1,8 Entgeltpunkte) gekappt. Die Begrenzung der Rentenanträge der sogenannten ehemaligen E 3-Gehaltsempfänger und aller Mitarbeiter des MfS/AfNS auf 1,0 Entgeltpunkte bedeutet praktisch eine Kürzung der Rente um 45 Prozent. Das widerspricht dem Grundsatz der Wertneutralität des Rentenrechts.

► Wir wehren uns ganz entschieden gegen den Vergleich der DDR mit dem faschistischen Deutschland, weil er jeder Grundlage entbehrt und ausgesprochen böse und hinterhältig ist. Aber wenn solche Bezüge schon hergestellt werden, dann ist festzustellen, dass leidet und z. T. schwer belastete Mitarbeiter des faschistischen Staatsapparates, seiner Polizei- und Justizorgane, seiner Geheimdienste und des Militärs in verantwortliche staatliche Positionen des Staates BRD übernommen oder eingestellt wurden. Durch Art. 131 GG wurden ihnen Versorgungsansprüche – auch für die Vergangen-

heit – in bemerkenswertem Umfang zugeteilt, ohne dafür jemals Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung geleistet zu haben. Gleichzeitig wird genau von diesen Leuten bzw. von vielen ihrer Nachfolger eine schamlose Hetze und Verleumdung gegen die DDR, ihre Repräsentanten und Mitarbeiter – speziell gegen die ehemaligen Angehörigen des MfS – betrieben. Dabei ist allgemein bekannt – was allerdings bewusst und zunehmend, besonders der Jugend gegenüber, in Vergessenheit gebracht werden soll – dass die Gründergeneration des Staates DDR, seiner staatlichen Organe und gesellschaftlichen Institutionen, darunter auch des MfS, Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg, Kundschafter und Soldaten an der Seite der Armeen der Antihitlerkoalition waren, aus der politischen Emigration kamen oder in vielen Fällen aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern befreit wurden. Und denen, soweit sie

überhaupt noch leben, und den von ihnen erzeugten Nachfolgern, werden Renten gekürzt, Versorgungsansprüche vorenthalten!

Wir setzen unseren mühevollen politischen und juristischen Kampf fort. Wir setzen – wie bisher – auf Solidarität und Siegeszuversicht. Wir haben uns viel vorgenommen, wir werden auch in unserem Informationsblatt **ISOR aktuell** und über Internet (www.isor-sozialverein.de) ständig aktuell darüber informieren. Zur Zeit arbeitet z.B. eine Arbeitsgruppe des Vorstandes unter Leitung des ISOR-Vorsitzenden an einem Gesetzestext und seiner politischen Begründung, um einen erneuten Versuch zu starten, Rentenstrafrecht und Versorgungsungerechtigkeiten zu überwinden. In persönlichen Briefen des Vorstandes sollen die Repräsentanten von Staat und Politik, von Koalition und Opposition und alle Bundestagsabgeordneten über unsere Forderungen, Standpunkte und Vorschläge informiert werden. Zur ergebnisträchtigen Realisierung solcher Initiativen bedarf es aber einerseits der Kontakte zu Bun-



Zeichnung: Heinz Breuer, Waren

destagsabgeordneten (fünf Prozent, d.h. mindestens 31 Abgeordnete könnten fraktionsübergreifend Gesetzesinitiative entwickeln), zu Landesregierungen oder zum Bundeskabinett. Es bedarf aber gleichzeitig und vor allem des Drucks von »unten« auf die Entscheidungsbeaufugten für Gesetzesinitiativen. Bis spätestens zum Jahre 2036, wenn die letzten ehemaligen MfS-Mitarbeiter ihren Rentenantrag stellen, wird dieses Problem die politisch Verantwortlichen begleiten, werden wir und unsere Nachfolger für unser Recht kämpfen, wenn nicht vorher Einsicht, Verstand und Weitblick Fuß gefasst haben. Bis dahin erinnert bitte die Bundestagsabgeordneten in Eurer Region, die Kandidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen und die politisch Verantwortlichen daran, sachlich über innere Einheit und sozialen Frieden nachzudenken, um endlich das Kapitel Rentenstrafrecht und Verfolgungsunrecht abzuschließen.

Zur Vergleichsrentenberechnung sogenannter Bestandsrentner

von Roland Fehlhaber, Mitglied des Vorstandes der ISOR e.V.
Günter Schwengel, Mitglied der AG Recht

(Erfahrungen aus der Arbeit der TIG **Berlin-Mitte**)

Erneut musste bei den Sprechstunden der Arbeitsgruppe Recht beim ISOR-Vorstand festgestellt werden, dass es immer noch eine beträchtliche Anzahl von Bestandsrentnern aus den Bereichen des Mdl, der NVA und der Zollverwaltung der DDR gibt, bei denen die Vergleichsrente für den 20-Jahreszeitraum (Anlage 16 des Rentenbescheides) fehlerhaft berechnet wurde. Diese Personen kamen dadurch nicht nur nicht in den Genuss einer entsprechenden Nachzahlung, sondern ihre monatliche Rente erreicht auch nicht die Höhe, die ihnen zusteht.

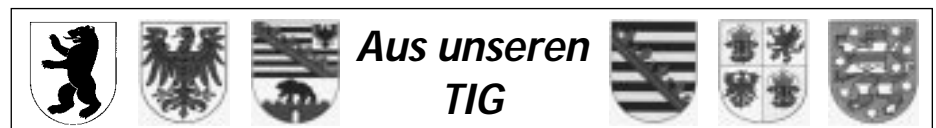
In den meisten Fällen ist dies den Rentnern nicht bewusst, so dass sie von sich aus nichts unternehmen, um zu ihrem Recht zu kommen. Da andererseits die Rentenversicherungsträger in diesen Fällen nicht von Amts wegen tätig werden, ändert sich nichts an dem für die Rentner nicht befriedigenden Zustand und sie bleiben weiterhin benachteiligt. Nunmehr liegt eine Initiative der TIG Berlin-Mitte vor, um diesen unbefriedigenden Zustand zu beenden. Über die Kassier wurden diejenigen Mitglieder festgestellt, die dem Mdl, der NVA oder der Zollverwaltung der DDR angehört und vor dem 01.01.1992 bereits Rente bezogen haben, also sogenannte Bestandsrentner sind und damit Anspruch auf eine Vergleichsrente nach dem 20-Jahreszeitraum haben. Diese Personen erhielten vom Vorstand der TIG ein Schreiben, worin sie darauf hingewiesen wurden, dass die Anlage 16 ihres Rentenbescheides möglicherweise fehlerhaft ist und in dem ihnen ein Termin genannt wurde, zu dem die Möglichkeit besteht, dies durch ein Mitglied der Arbeitsgruppe Recht überprüfen zu lassen. Der für eine derartige Überprüfung notwendige Zeitaufwand ist relativ gering, da es genügt, den in der Anlage 16 des Rentenbescheides für die Bezugszeit ab dem 01.07.1993 genannten Betrag für Zeiten ab 1. März 1971 mit dem im Entgeltbescheid des Versorgungsträgers ausgewiesenen Betrag über den tatsächlich erreichten Verdienst zu vergleichen. Vor dem 1. März 1971 werden höchstens 600 Mark monatlich bzw. 7200 Mark jährlich berücksichtigt.

Sind beide Beträge miteinander identisch, liegt keine fehlerhafte Berechnung vor. Weicht jedoch der in der Anlage 16 genannte Betrag von dem Betrag im Entgeltbescheid ab und entspricht den in der Anlage 3 des AAÜG genannten Werten, liegt eine fehlerhafte Berechnung vor. Nähere Erläuterungen siehe **ISOR aktuell** Nr. 3/2003 Seiten 3 und 4, Beitrag von Rudolf Dürr.

Durch die TIG Berlin-Mitte waren nach den vorgenannten Kriterien insgesamt 16 Bestandsrentner erfasst worden, wovon 9 von dem Angebot die Anlage 16 ihres Rentenbescheides zu überprüfen, Gebrauch machten. Hierbei wurde festgestellt, dass nur in einem Fall die Berechnung der Vergleichsrente für den 20-Jahreszeitraum nicht zu beanstanden war. In allen anderen Fällen war dieses nicht der Fall. In vier Fällen war die Anlage 16 falsch berechnet worden, indem nicht von dem tatsächlichen erzielten Einkommen, sondern von dem entsprechend der Anlage 3 AAÜG gekürzten Einkommen ausgegangen wurde. Da die Frist für die Einlegung eines Widerspruchs bereits abgelaufen war, wurde geraten, einen Antrag zur Neuberechnung der Rente gemäß § 44 des SGB X an den Versicherungsträger zu stellen. Da es den Rentnern wegen ihres Alters schwer fiel diesen selbst zu formulieren, war ein Muster von der Arbeitsgruppe vorformuliert worden und konnte so den Rentnern übergeben werden. Inzwischen liegt von einer Rentnerin die Rückinformation vor, wonach im Ergebnis ihres Antrages die Anlage 16 neu berechnet wurde und sie daraufhin sowohl eine nicht unbeträchtliche Nachzahlung als auch einen höheren Zahlbetrag der Monatsrente erhalten hat. Bei einem anderen Rentner war festgestellt

worden, dass nach seinem letzten Rentenbescheid aus dem Jahr 1997 keine Neuberechnung seiner Rente mehr erfolgt war und deshalb überhaupt keine Berechnung einer Vergleichsrente für den 20-Jahreszeitraum vorgenommen wurde. Für diesen Rentner wurde ein Schreiben an den Versicherungsträger formuliert, worin auf das Fehlen der Anlage 16 hingewiesen und diese angemahnt wurde. Bei den restlichen drei Fällen handelt es sich um Bestandsrentner, die dem Jahrgang 1927 und dem ersten Halbjahr 1928 angehörten und im Zeitraum vom 1.1.1992 bis zum 30.06.1993 von der Erwerbsunfähigkeitsrente zur Regelaltersrente gewechselt sind. In diesen Fällen weigerte sich die BfA, für den Zeitraum nach dem 30.6.1991 die Anlage 16 zum Rentenbescheid auszufertigen. Da sie die Auffassung vertritt, dass sie nur verpflichtet ist, für diejenige Rente, die zum Zeitpunkt der Rentenüberführung bestand, eine Vergleichsberechnung vorzunehmen. Da diese Rente vor dem 1.7.1993 beendet war, müssten die für diesen Zeitraum noch gültigen Einkommenskürzungen beachtet werden. Für den nachfolgenden Zeitraum in dem die Bestimmungen über die Einkommenskürzungen nicht mehr gelten, würde keine Anlage 16 gefertigt, da es sich hierbei nicht um die überführte, sondern um eine Folgerente handelt.

Es wäre wünschenswert, wenn die Initiative der TIG Berlin-Mitte auch von anderen TIG aufgegriffen werden würde, da wir uns sicher sind, dass es in allen TIG ähnliche Fälle gibt und die betreffenden Rentner nicht in der Lage sind, dieses selbst zu erkennen.



Mecklenburg-Vorpommern zog Bilanz!

Am 27.09. diesen Jahres fand eine Beratung der zentralen Vorstands- und Beiratsmitglieder Mecklenburg-Vorpommerns statt, an der auch geladene TIG-Vorsitzende teilnahmen. Die Gesundheitsreform hatte gerade fast unbeschadet – bis auf wenige »Stimmenversager« – ihr endgültiges »Ja« im Bundestag erhalten. Jetzt beginnen dunkle Wolken am Horizont aufzuziehen, die tiefe soziale Einschnitte für Jedermann werden wirken lassen. Steigende Ausgaben belasten dann erheblich das Familien- und Rentnerbudget. Rentner sind zu einer der tragenden Säulen der finanziellen Kassenregulierung und -auffüllung bestimmt. Und das bei weiterer Fortsetzung der Strafberentung und der in Aussicht gestellten Rentenstagnierung. Die Beratungsteilnehmer bekannten sich weiterhin uneingeschränkt zur Strategie und Taktik unseres sozialen Kampfes, der auf breiter Ebene weitergeführt werden muss. Ein Nach-

lassen in unser aller Willen darf es nicht geben. In der Beratung wurde deutlich gemacht, dass die Arbeit der 29 TIG in MV immer von abgesteckten Zielen und klar bestimmten Inhalten geprägt war und weiter sein muss. Erfolgreich bewährt hat sich z.B. die Berufung der TIG **Schwerin** zur Leit-TIG. Durch sie vermittelte Informationen und Erfahrungen aus der Arbeit im Umgang mit Regierungsverantwortlichen, Abgeordneten des Bundes- und Landtages, Vereinen und Verbänden am Sitz der Landeshauptstadt Schwerin bieten Hilfe und Orientierung für die TIG. Für uns gute Erfahrungswerte, die Bestand haben und weiter ausbaufähig sind.

Unter Beachtung aller bisherigen Ergebnisse in der Basisarbeit und der Wertung der sachbezogenen Diskussionen sowie dabei aufgezeigter Reserven empfiehlt die Versammlung, sich in der TIG-Arbeit auf folgende Grundsätze zu orientieren:

- Schwerpunktbezogene Umsetzung der politischen und juristischen Konzeption,
- Gewährleistung einer stabilen TIG-Struktur und Mitgliederstärke,
- Entfaltung eines sozialen und kulturvollen Zusammenlebens,
- Entwicklung und Ausbau der Zusammenarbeit mit in den Territorien ansässigen Vereinen und Verbänden,
- Weitere Ausprägung einer hohen Verantwortlichkeit im Umgang mit den finanziellen Mitteln des Vereins.

Diese und sicherlich weitergehende Überlegungen werden weiterhin mit dazu beitragen den Stolz auf unseren ISOR-Verein in der Öffentlichkeit deutlicher zu zeigen. Es gibt keinen Anlass, in gebeugter Haltung unsere Herkunft und Gegenwart zu zeigen. Laut Grundgesetz sind wir gleichberechtigte Deutsche. Leider wird uns diese Rechtsstaatlichkeit nicht in vollem Umfang sozial zuerkannt. Dagegen nutzen wir alle legitimen Mittel und Möglichkeiten. Deshalb machen wir unablässig weiter – und das in aller solidarischen Geschlossenheit.

Walter Krüger

★

In **Chemnitz** konstituierte sich im Monat August eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Podiumsdiskussion »Für eine soziale Alternative zur Agenda 2010«. Initiatoren waren der Vorsitzende der GBM und weitere Vorsitzende der in der Chemnitzer Rentnerinitiative vertretenen Verbände und Vereine sowie Seniorenvertreter der Gewerkschaften. Diese Arbeitsgruppe fordert Chemnitzer Vereine und Verbände zur Teilnahme auf, um eine gemeinsame Basis im Kampf gegen Sozialabbau zu finden. Darüber hinaus besteht die Absicht, mit der »lokalen Agenda 21« »attac Chemnitz« und dem »Chemnitzer Friedensforum«, die ihrerseits zur Gründung eines »Chemnitzer Sozialforums« aufgerufen haben, ins Gespräch zu kommen.

Gemäß dem Inhalt unserer politischen Führungskonzeption, für die Umsetzung unserer Ziele politische Mehrheiten zu gewinnen, besteht das Anliegen unserer TIG darin, durch Unterstützung der Forderungen und Initiativen dieser Vereine und Verbände weitere Partner zu finden, die ihrerseits unseren Kampf um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts nicht nur schlechthin zur Kenntnis nehmen, sondern auch aktiv unterstützen. Als Hinweis dafür, dass unsere Mitglieder, die ihnen vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übersandten Antworten und Aussagen sehr genau prüfen, haben Mitglieder unserer TIG in einem Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Bundestages und an den Petitionsausschuss ihren Unmut über die Arbeitsweise desselben zum Ausdruck gebracht. Es zeugt nicht vom sorgsamem Umgang mit Eingaben und Petitionen, wenn Antworten Ungenauigkeiten bzw. juristische Fehleinschätzungen ent-

halten. In Erkenntnis dessen, dass die vorhandene altersmäßige Struktur unserer Gemeinschaft energisch weitere zielgerichtete Maßnahmen zur Gewinnung vor allem jüngerer Mitglieder erfordert, sucht der Vorstand der TIG ständig nach neuen Möglichkeiten. In Anlehnung an die in den Jahren 2001/2002 erfolgreich durchgeführte Briefaktion sind gegenwärtig nahezu 90 Mitglieder dabei, Wohnanschriften ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR zu ermitteln bzw. zu präzisieren, auf deren Grundlage mit Beginn des Jahres 2004 persönliche Aussprachen geführt werden sollen.

Nach wie vor spielt in unserer TIG im Rahmen der Vereinsarbeit das gemeinsame Erleben eine besondere Rolle. Es hat sich erwiesen, dass Geselligkeit unter Gleichgesinnten bei Einbeziehung der Ehepartner die Aktivität und Willigkeit unserer Mitglieder positiv beeinflussen. Dazu zählt in unserer TIG seit Jahren die regelmäßige Durchführung von Ausfahrten und Kurzreisen in hoher Qualität. So gestaltete sich z.B. die im Monat September durchgeführte Kurzreise nach Vorarlberg/Österreich zu einem eindrucksvollen Erlebnis für alle Teilnehmer. Es war nicht nur das auf unsere Bedürfnisse abgestimmte gute Programm, sondern auch die Freundlichkeit, mit der wir als Seniorengruppe von ISOR aufgenommen wurden. Unsere Mitglieder freuen sich schon jetzt auf die jährliche Lichterfahrt ins weihnachtliche Erzgebirge sowie auf die bereits ausgebuchte Mehrtagesfahrt zum Jahreswechsel in die Nähe von Karlsbad, die dritte ihrer Art.

Von unseren Mitgliedern gut angenommen wurde eine im Mitteilungsblatt der TIG gegebene Zusammenfassung zur Vorsorgeproblematik, verbunden mit Hinweisen zur Gestaltung der entsprechenden Dokumente.

Dem Vorstand ging es dabei darum, getragen von seiner Verantwortung für die kameradschaftliche Beratung der Mitglieder, auf die Notwendigkeit des Vorhandenseins frühzeitig festgelegter Betreuungs- bzw. Vorsorgemaßnahmen hinzuweisen, denn ohne Vollmacht droht Ohnmacht.

Horst Beckert

★

Gemeinsam sind wir stärker

Seit Jahren besteht im Raum **Erfurt** eine enge Zusammenarbeit von örtlichen und auch überörtlichen Seniorenvereinen, Organisationen und Sozialverbänden. Diese vertreten etwa 35.000 Mitglieder. Um deren Interessen wirksam zu artikulieren und möglichst durchzusetzen, wurde eine Koordinierungsgruppe gebildet, der Vorstandsmitglieder der beteiligten Vereine und Verbände angehören. Diese Gruppe berät regelmäßig die aktuelle Situation auf sozialem Gebiet, schlägt Aktivitäten zu den verschiedensten Ereignissen vor und organisiert entsprechende Aktionen. Damit unsere Mitglieder die

Möglichkeit haben die Politikangebote der Bundes- und Landesparteien zu prüfen, laden wir Politiker (Abgeordnete des Landtages und des Bundestages) ein und fragen sie nach ihren Wahlversprechen und den tatsächlichen Ergebnissen. Das Verhältnis von Wort und Tat ist hilfreich für die Meinungsbildung, genauso wie eine Missachtung unserer Forderungen oder die Nichtteilnahme an derartigen Veranstaltungen. Selbstverständlich wurden die »Grünen« auch stets eingeladen. Sie kamen aber nicht. Deshalb wandte sich die Koordinierungsgruppe mehrfach an die Fraktionsvorsitzende im Bundestag Frau Göring-Eckardt. Sie wurde zu einem Podiumsgespräch mit der Gruppe gebeten. Sie sagte zu, wollte aber genau wissen, welche Fragen uns besonders interessierten. Zu diesem Gespräch erschien dann ein Vertreter, der so gut wie keine Aussagefähigkeit besaß. Nachdem wir dann die Zusage für eine Veranstaltung am 12.06.03 von ihr hatten und alle Vorbereitungen erfolgt waren, erschien Frau Göring-Eckardt wieder nicht, schlug aber vor, einen Vertreter für eine Stunde zu schicken. Das Motto der Veranstaltung lautete:

***Gegen Ungleichheit –
für soziale Gerechtigkeit.***

Den Vertreter haben wir dankend abgelehnt. Wir sind der Meinung, dass Frau Göring-Eckardt gekniffen hat und die Begründung der Arbeitsüberlastung eine Ausrede war, zumal wir die Veranstaltung extra auf einen ihrer Wahlkreis-Termine gelegt hatten. Der Unmut über das Verhalten der Politikerin ist sicher verständlich und den haben wir gegenüber dem Bundestagspräsidenten, den Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien also auch gegenüber Frau Göring-Eckardt deutlich gemacht.

Wir sind der Auffassung, dass wir uns das nicht bieten lassen müssen, werden die Politiker weiter in die Pflicht nehmen und uns aktiv um die Interessenvertretung unserer Mitglieder bemühen. Die nächsten Wahlen sind schon angesagt (Landtag Thüringen).

M. Steinle

★

Gelungene Veranstaltung in der Altmark

Das 3. Treffen der TIG aus der **Altmark** und dem **Elbe-Havel-Winkel** vereinte am 27.09.2003 über 120 Mitglieder und Gäste. Aufmerksam verfolgten alle die richtungsweisenden Ausführungen unseres Vorsitzenden Horst Parton und des stellv. Vorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Edelmann zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts. Dabei wurde wiederholt betont, daß ISOR bereit ist, auch dabei einen sachlich konstruktiven Beitrag zu leisten. Hervorgehoben wurde auch, dass weiterhin den Entgeltbescheiden der Versorgungsträger und den Rentenbescheiden der Versicherungsträger

mit Widerspruch bzw. Klage begegnet werden muss, damit diese nicht bestandskräftig werden. Angesichts der teilweise widersprüchlichen Aussagen der Versorgungs- und Versicherungsträger, sowie einzelner Sozialgerichte, wurde die Frage gestellt – was ist mit der Rechtssicherheit in diesem Lande –? Was ist die Aussage im Grundgesetz wert, dass jedem der Rechtsweg garantiert ist? Sehr begrüßt wurde auch, dass der Vorstand sich mit einem Artikelgesetz an die Regierung wenden will, auch mit entsprechender politischer Begründung, und darüber alle Abgeordneten mit einem Brief informieren wird. Im weiteren Verlauf haben alle in Sachsen-Anhalt wohnenden Mitglieder und Gäste das Volksbegehren »Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt« unterschrieben. Ebenfalls unterstützen alle Anwesenden einen Aufruf des Bundeswehrverbandes mit ihrer Unterschrift. Als Gäste konnten wir u. a. begrüßen:

- den stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Sa.-A. des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner u. Hinterbliebenen (BRH) Horst Wegener,
- das Mitglied des Landtages von Sa.-A. Jörg Krause, Fraktion der PDS,
- den Vorsitzenden der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH) TAG Stendal sowie
- Vertreter des Bundesgrenzschutzverbandes, Ortsverband der Senioren Stendal und
- des DBwV, Kameradschaft Salzwedel und der Volkssolidarität Salzwedel.

Ausgehend von der Veröffentlichung in **ISOR aktuell** Nr. 9/03 kamen auch ISOR-Mitglieder aus Berlin und Gera zu unserem Treffen. Leider waren der eingeladene Bundestagsabgeordnete sowie der Landtagsabgeordnete verhindert. Die verhinderten Reinhard Weis (SPD, MdB) und Tilmann Tögel (SPD, MdL) wünschten allen Mitgliedern und Gästen ein schönes Treffen. Dies wurde es auch, denn als es nach dem Tanz zur »Dährer Blasmusik« um 19 Uhr beendet wurde, waren sich alle Anwesenden einig, ein 4. Treffen findet im Jahr 2004 statt.

Horst Hannaske u. Helmut Stefan



TIG Cottbus: In unserer Arbeit zur endgültigen Beseitigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts und anderer sozialer Ungerechtigkeiten in diesem Staat ist es erforderlich, unsere Kräfte zu bündeln. Dieser Grundgedanke war im Jahre 2002 entscheidend für die Bildung einer zentralen AG Recht. Unter Federführung unseres Landesbeauftragten Gerd Röseberg und des Vorstandsmitgliedes der TIG Heinz Schulz gelang es, diese zentrale AG Recht, der insgesamt 11 Mitglieder von AG Recht anderer TIG (ehemals Kreise des Bezirkes Cottbus) angehören, zu bilden.

Seitdem findet in jedem Quartal eine gemeinsame Veranstaltung statt, auf der aktuelle Informationen ausgetauscht und Schulungen zu Grundfragen unserer rechtlichen Arbeit durchgeführt werden. Am 02.09.2003 fand eine Veranstaltung dieser Art in Cottbus statt, auf der der stellv. Vorsitzende der ISOR e.V., Prof. Dr. Edelmann herzlich begrüßt werden konnte. Es wurde deutlich, dass trotz bestehender Probleme und Schwierigkeiten in unserer Arbeit nicht nachgelassen werden darf. Die koordinierende Zusammenarbeit mit den anderen gleichgelagerten Vereinen und Verbänden gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung. Unser Verein mit all seinen Mitgliedern kann einiges bewegen. In solidarischer Zusammenarbeit mit den Mitgliedern anderer Vereine und Verbände vervielfältigen wir unsere Kraft, es gilt eines Tages erfolgreich zu sein.

Werner Schmidt



TIG Wurzen: In unserer bisherigen Arbeit ließen wir uns davon leiten, allen Mitgliedern unserer TIG zu helfen die komplizierten und schwerverständlichen gesetzlichen Grundlagen des bundesdeutschen Rentenrechts zu verstehen und ihnen bestimmte Begriffe und Regelungen zu erläutern. Dazu wurden die vom Vorstand der ISOR e.V. angesetzten Schulungen regelmäßig besucht und auch an einem Grundlehrgang der BFA wurde teilgenommen – um uns Grundkenntnisse anzueignen und dann sachgerecht die Fragen der Mitglieder beantworten zu können. Durch Eigeninitiative konnten somit die Kenntnisse zum Rentenrecht ständig erweitert werden. Wichtig waren auch die Hinweise in **ISOR aktuell** und die zur Verfügung gestellten Muster und Hinweise. Das besondere Augenmerk galt dabei der Vermittlung von Kenntnissen über die gesetzlichen Regelungen zum Rentenrecht und der Deutlichmachung des Rentenstrafrechts. Damit konnten wir mit dazu beitragen den Widerstand gegen das Rentenstrafrecht zu verstärken, was ja letztlich zu den bisherigen Änderungen des AAÜG geführt hat. Da diese Arbeit wesentlich komplizierter geworden ist, wurde von unserem Vorstand festgelegt, den politischen Druck auf die Funktionsträger und politisch Verantwortlichen in diesem Lande zu erhöhen und dabei die Solidarität zwischen den Mitgliedern nicht zu vernachlässigen. In unserer Arbeit bildeten die nachfolgend aufgeführten Probleme den Hauptschwerpunkt:

- Erteilung von Hilfe und Unterstützung bei der Erarbeitung von Widersprüchen zu den Entgelt- und Rentenbescheiden;
- Erläuterung und Klärung von Unklarheiten bei Erhalt der Entgelt- und Rentenbescheide;
- Aufklärung über die gesetzlichen Regelungen hinsichtlich des Rentenrechts;

- Hilfe, Aufklärung und Unterstützung bei der Fertigung der Rentenunterlagen, Kontenklärungen und bei der Überprüfung der Entgelt- und Rentenbescheide;
- Betreuung der Hinterbliebenen von verstorbenen ISOR-Mitgliedern und deren Gewinnung als neue Mitglieder für unsere TIG;
- Unterstützung bei der Bereitstellung der erforderlichen Unterlagen für das Rechtsanwaltsbüro, wenn Mitglieder unserer TIG dessen Hilfe in Anspruch nehmen.

So wurde bisher 70 Personen, überwiegend ISOR-Mitgliedern, Hilfe und Unterstützung gegeben.

Vetterlein, AG Recht der TIG Wurzen



Uckermark:

AG Recht bewähren sich

Die ISOR-Mitglieder der **Uckermark** trafen sich Mitte September in Gerswalde. Es war das erste gemeinsame Treffen von Mitgliedern des sozialpolitischen Vereins ISOR e.V. aus der gesamten Uckermark, aus Angermünde, Schwedt, Prenzlau und Templin. Hans Joachim Möllenberg, Vorsitzender der TIG Prenzlau, konnte als prominenten Gast Prof. Dr. Wolfgang Edelmann aus Berlin begrüßen. Was hat ISOR bisher erreicht, wie ist der gegenwärtige Stand und welche Ziele sollen weiterhin erreicht werden? »Auch angesichts der anhaltenden Rentendiskussionen, steht ISOR zu seinem wichtigsten Anliegen, sowohl juristisch als auch politisch konzentriert den Kampf zu führen, die Reste des Rentenstrafrechts endgültig zu beseitigen.« erklärte der Gast u.a. Es gebe auch weiterhin großen Bedarf, politisch tätig zu werden (Petitionen, Briefe an Bundestagsabgeordnete und Gespräche mit Abgeordneten). Bei Politikern müsse die Bereitschaft geweckt werden, sich aktiv für unser Anliegen einzusetzen. Wolfgang Edelmann konnte weiterhin auch auf das erfolgreiche Wirken der Arbeitsgruppen Recht der TIG verweisen, auf die sach- und fachkundigen Beratungen, die sich an Ort und Stelle bewähren. Die Ausführungen haben den Blick dafür geöffnet, wie es weitergeht, bei allem Für und Wider. Am Rande des Treffens vereinbarten die vier TIG-Vorsitzenden der uckermärkischen Städte, jährlich eine gemeinsame Beratung der Vorstände durchzuführen.

Benno Butschalowski



TIG Hildburghausen: Am 12.09.03 haben wir aus Anlaß des 10-jährigen Bestehens unserer TIG eine festliche Veranstaltung mit 55 Teilnehmern durchgeführt. Als Gast war der Vorsitzende des BRH in Hildburghausen anwesend. Bei Thüringer Bratwurst und Getränken wurde

Bilanz in unserer TIG gezogen und über die weiteren Aufgaben beraten. **Horst Machan**

★

TIG Bitterfeld: Am 6.9.03 haben wir unsere turnusgemäße Mitgliederversammlung durchgeführt. Es wurde deutlich gemacht, dass unser Kampf sehr schwierig und langwierig geworden ist und wir bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen insbesondere politisch aktiver gegenhalten müssen. Wir müssen ständig politischen Druck ausüben. Dazu brauchen wir alle unsere Mitglieder, die immer und überall gegen die neuen geplanten Maßnahmen auf dem Gebiete der Renten (Rentenalter, Rentenkürzungen) protestieren sollten. Gerade jetzt müssen wir unser verbrieftes Recht einfordern. In der Versammlung, die sehr gut besucht war, hatten unsere Mitglieder auch wieder die Möglichkeit persönliche Fragen individuell mit unseren Vorstandsmitgliedern zu beraten, auch mit unserem Freund, dem Landesbeauftragten der ISOR e.V. Dieter Wittstock, der Gast unserer Veranstaltung war. In unserer Zusammenkunft konnten wir auch zwei neue Mitglieder begrüßen. Ein Höhepunkt unseres Beisammenseins war eine kulinarische Überraschung. Unser Freund Willy Zeller hatte ein Wildschwein geschossen, selbst zubereitet und unseren TIG-Mitgliedern als Dankeschön für die großartige Hilfsaktion zur Bewältigung der Flutschäden im vergangenen Jahr gespendet. Es hat allen sehr gut geschmeckt. Freund Zeller bedauerte, dass wir nicht bundesweit alle Spender einladen konnten. Er bat aber unseren Freund Dieter Wittstock nochmals über den Vorstand der ISOR e.V. allen Spendern zu danken. Die Flut hat unsere TIG noch enger zusammengeschweißt. Wir sind ein festes Kollektiv geworden, welches auch in der Zukunft Bestand haben soll. Zu unserer Gemeinschaft zählen auch die Ehepartner unserer Mitglieder, die ständig mit in unser Vereinsleben einbezogen werden.

Gerhard Seyring

★

Aus der Arbeit der TIG Finsterwalde

In der TIG **Finsterwalde** soll es zur Tradition werden, einmal im Jahr mit allen Mitgliedern und deren Partnern eine Fahrt in die nähere oder weitere Umgebung zu unternehmen, um dadurch das Zusammengehörigkeitsgefühl zu erhalten. Nachdem wir in den vergangenen Jahren der Elbmétropole Dresden und dem benachbarten Tschechien einen Besuch abstatteten, führte uns in diesem Jahr die Fahrt in den wunderschönen Spreewald. Nach der traditionellen Kahnfahrt erkundeten wir gemeinsam das Gebiet rund um das Dorf Lehde und waren am Abend Gäste einer gelungenen Unterhaltungsveranstaltung mit niedersorbischem Kolo-

rit. Zu später Stunde ging es mit dem Lampion-Kahn zurück nach Lübbenau, von wo wir die Heimfahrt antraten. Alle Teilnehmer werteten dieses Beisammensein als gelungene Veranstaltung, um neben der Freude an den Naturschönheiten unserer vertrauten Heimat, auch Erfahrungen auszutauschen und über Probleme zu sprechen. Darüber hinaus sollte Kraft gesammelt werden für das weitere gemein-

same Wirken zur Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit im Zusammenhang mit dem praktizierten Rentenstrafrecht uns gegenüber. Der Vorstand der TIG erhielt den Auftrag, weitere jährliche Unternehmungen zu organisieren, um die gewachsene Zahl der Mitglieder unserer TIG in die gemeinsame Arbeit zu integrieren.

H. Kowalick

Bei anderen gelesen:

Scharfe Worte früherer CDU-Größen

Sie galten als die sozialen Mahner der CDU, der ehemalige langjährige Arbeitsminister Norbert Blüm sowie der ehemalige Generalsekretär und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heiner Geißler. Doch darauf hat wohl niemand in ihrer Partei jemals so recht gehört, und außerdem waren sie selbst für gravierende soziale Ungerechtigkeiten während der langen Jahre der Kohl-Regierung mitverantwortlich, wovon besonders die Strafrentner im Osten ein Lied singen konnten. Insofern sind ihre jetzt aus der Opposition und politischen Abseitsstellung kommenden scharfen Worte gegen den Sozialabbau zu relativieren. Aber ihre Erkenntnisse als intelligente Politiker bleiben nun einmal Wahrheit und sind es wert, zitiert zu werden.

Norbert Blüm:

»Rückfall in die Steinzeit«

Der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat in einem Presseinterview den gegenwärtigen sozialpolitischen Disput in Deutschland als »pubertären Zynismus« und »Rückfall in die Steinzeit« bezeichnet.

Auf die Feststellung des Interviewers, dass die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme in düsteren Farben gemalt wird und seine Frage: »Stehen wir wirklich vor dem Abgrund?« ließ Blüm deutlich erkennen, dass der Wegfall der DDR dem wildesten Kapitalismus Tür und Tor für seinen Sozialabbau geöffnet hat. »So lange ich mich entsinnen kann, haben wir immer an Abgründen gestanden. Das scheint das sozialpolitische Schicksal zu sein. Allerdings so lange der Ost-West-Gegensatz noch am Leben war, da hatte es die Sozialpolitik ein bisschen leichter, weil der Sozialstaat auch eine Legitimationsgrundlage unseres Systems war, mit dem wir unsere Überlegenheit bewiesen haben. Wir haben ja keine reine Marktwirtschaft, sondern eine soziale Marktwirtschaft. Allerdings wird das Soziale in jüngster Zeit zusehends zum Stiefkind«, sagte der Ex-Minister.

»Wir haben es mit einer sozialpolitischen Diskussion zu tun, die von einem vagabundierenden Einfallsreichtum gekennzeichnet ist, der durch keine Sachkenntnis diszipliniert wird. Generatio-

nengerechtigkeit ist einer der großen Orientierungspunkte einer vernünftigen Sozialpolitik.«

Zu den Äußerungen des Junge-Union-Chefs Philipp Mißfelder erklärte Blüm: »Egal wie Mißfelder seine Äußerungen gemeint hat, für mich ist das symptomatisch. Dahinter steckt ein abgrundtiefer pubertärer Zynismus. Die Alten vor die Tür zu setzen, ist nur vergleichbar mit den Verfahren primitiver Völker, die ihre Alten entweder aufs Eis schoben oder auf die Berggipfel transportierten. Das ist ein Rückfall in die Steinzeit. Dass jede Generation für sich selbst sorgen soll, ist Unsinn. Immer sorgen die Jungen für die Alten. Ich habe noch kein Kind gesehen, das sich selbst gestillt hat. Und auch der Herr Mißfelder verdankt alles, was er bisher in Anspruch genommen hat, dem Generationenvertrag – seinen Studienplatz, die Schule, sein Auto, die Straße, auf der er geht oder fährt. Mich stört eine Generation, die mit Arroganz und Ignoranz auf die angeblichen Betonköpfe der alten Sozialpolitiker herab schaut. Ja, wir können den Generationenvertrag kündigen. Dann aber zurück auf die Bäume!

Freilich müssen sich die Alten an der Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft beteiligen.«

Heiner Geißler

Das Geld diktiert

Ex-CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hält den Ansatz der derzeitigen Reformpolitik für grundlegend verfehlt. »Die Reformen stehen unter dem Diktat des Geldes und orientieren sich nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen«, sagte Geißler der in Hannover erscheinenden »Neuen Presse«. Die SPD sei »mitten im größten Sozialabbau, den die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland je gesehen hat« und wolle »mit wohlfeilen Begriffen wie Teilhabegerechtigkeit davon ablenken«. Geißler geht aber auch mit der eigenen Partei hart ins Gericht. Für eine Auseinandersetzung mit dieser Politik fehle der CDU-Führung »wohl die Einsicht, aber auch der Mut zu akzeptieren, dass der Kapitalismus genau so falsch ist wie der Sozialismus«. Er fügte hinzu: »Ob bei der Rentenreform oder bei der Gesundheitsreform, man nimmt den Leuten immer noch mehr Geld weg und will gleichzeitig immer mehr Menschen von medizinischen Leistungen ausgrenzen.« (Aus: **GBM Informationen Nr. 9/03**)

Auf dem Büchermarkt:

GRH e.V. (Hg.): **Siegerjustiz? Die politische Strafverfolgung infolge der Deutschen Einheit.** Berlin 2003. Kai Homilius Verlag.

Edition Zeitgeschichte Band 9.

ISBN 3-89706-887-7 – Preis 34 €

Rezension von Prof. Dr. Detlef Joseph

Es ist unmöglich, in einer Rezension die Vorzüge der Darstellungen umfassend und allseitig zu würdigen. Unbedingt hervorzuheben ist aber, dass die Autoren nicht »Verstecken« spielen. Unmissverständlich werden die angeblichen Verbrechen benannt und der Wahrheitsgehalt dessen untersucht, wessen die »Angeklagten« in den verschiedenen Strafprozessen beschuldigt wurden. Die Urheber der Beiträge sind im höchsten Grade sachkundig. Einige seien namentlich genannt. Hans Bauer war Staatsanwalt der DDR-Generalstaatsanwaltschaft; Eleonore Heyer, seit Anfang der 90er Jahre strafverfolgt und mehrfach verurteilt, wirkte als Staatsanwältin; Dr. Günter Sarge war zuletzt – seit 1986 – Präsident des Obersten Gerichts; Dr. Horst Bischoff wirkte als Angehöriger der Zollverwaltung der DDR und war zuletzt Professor am Institut dieses Staatsorgans; Dr. Karli Coburger war zuletzt Generalmajor und Hauptabtei-

lungsleiter im Ministerium für Staatssicherheit; Professor Dr. Erich Buchholz war seit 1965 Ordinarius für Strafrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Den Grundsatzbeiträgen sind fünf persönliche Erlebnisberichte von politischer Strafverfolgung durch die bundesdeutsche Justiz direkt Betroffener angeschlossen.

In seinem Geleitwort schreibt Hans Modrow, Ministerpräsident der DDR und durch die bundesdeutsche Justiz Strafverfolgter, dass die Kette von Anklagen und Prozessen gegen Richter, Staatsanwälte, Militärs, Ärzte und Funktionäre der DDR sowie der andersartigen Demütigungen Ostdeutscher z.B. durch Strafrenten noch nicht abgerissen ist und er betont, dass das vorgelegte Buch zweifelsohne ein politisches Buch ist, wie auch die Prozesse einen politischen Charakter trugen und tragen. Und in der Tat: Es wird in der bürgerlichen Apologetik gern gepredigt, dass diese Strafprozesse zur »Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit« rein rechtsstaatlich seien, von richterlicher Unparteilichkeit getragen wären und lediglich die Handlungen gewöhnlicher Krimineller ahndeten, die dem »Verbrecherstaat« mit ihren Untaten gedient hatten. Nun wusste der deutsche Strafrechtler und Historiker Theodor Mommsen schon 1899 zu vermelden: »Unparteilichkeit im politischen Prozess steht

ungefähr auf einer Linie mit der unbefleckten Empfängnis; man kann sie wünschen, aber nicht sie schaffen.«

Das Buch untermauert die Richtigkeit dieser Erkenntnis. Und es analysiert mit exakter Beweisführung die juristischen Konstruktionen, mit denen die Anklagen und Verurteilungen »begründet« wurden und werden. Man muss sich hineinlesen, um die Hinterhältigkeit mancher juristischer Argumentation zu verstehen und zu durchschauen. Insbesondere in dem von Erich Buchholz verfassten umfangreichen Kapitel »Rechtsfragen der Strafverfolgung von Hoheitsträgern der DDR durch die bundesdeutsche Justiz« wird dazu eine ausgezeichnete Anleitung gegeben. Schwierige Gedankenkonstruktionen der bundesdeutschen Urteilsbegründungen, die den Schein rechtsstaatlich einwandfreien juristischen Beurteilens der Sachverhalte vorgaukeln sollen, werden in einer auch dem Laien verständlichen Sprache aufgedröseln und bloßgelegt.

Hans Bauer, das sei hervorgehoben, erläutert die politische und juristische Ausgangslage für die Siegerjustiz.

Er informiert über die Organisation und die Schaffung der juristischen Voraussetzungen der Verfolgung, aber auch über die Bemühungen,

► **Fortsetzung auf Seite 8**

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

Zum 100. Geburtstag:

Helmut Wenzel, Berlin-Hohenschönhausen

zum 91. Geburtstag:

Paul Bröde, Berlin-Mitte

Walter Tanner, Bad Dürrenberg

zum 90. Geburtstag:

Arthur Kirsten, Leipzig

zum 89. Geburtstag:

Karl Ehmig, Berlin-Friedrichshain

Marie Goldammer, Gera

Walter Krumpa, Cottbus

Ida Wöhl, Berlin-Karlshorst

zum 88. Geburtstag:

Oskar Borth, Quedlinburg

Alfred Schille, Halle

Helmut Schwarz, Berlin-Treptow

zum 87. Geburtstag:

Erich Dolze, Dresden

Hans Froberg, Stralsund

zum 86. Geburtstag:

Willy Lorenz, Plauen/Syrau

zum 85. Geburtstag:

Herbert Bonßdorf, Plauen

Helmut Borufka, Berlin-Köpenick

zum 80. Geburtstag:

Walter Cramer, Herrnburg

Annefriedel Freudenberg, Cottbus

Ruth Heß, Suhl

Albert Kellner, Berlin-Hohenschönhausen

Anneliese Lederer, Chemnitz

Herta Lessig, Aschersleben

Itta Pfeifer, Greifswald

Heinz Schröter, Potsdam-Zentrum

Gisela Weickert, Chemnitz

zum 75. Geburtstag:

Hans Bahr, Berlin-Lichtenberg

Sonja Bernhardt, Berlin-Treptow

Horst Blaschke, Berlin-Treptow

Gerhard Blasko, Löbau

Helmut Bohn, Jena

Heinz Boldt, Hildburghausen

Heinz Czock, Schwarzenberg

Marianne Eberling, Berlin-Lichtenberg

Heinz Fathke, Berlin-Hohenschönhausen

Heinz Feierabend, Aschersleben

Werner Franke, Berlin-Karlshorst

Joachim Gäbler, Cottbus

Eugenie Garreis, Berlin-Pankow

Edith Gottschald, Leipzig

Irmgard Grosch, Berlin-Lichtenberg

Ilse Höpping-Reinhold, St. Egidien

Horst Hückler, Aschersleben

Anni Hyna, Berlin-Lichtenberg

Marta Jastremski, Schwerin

Anni Janke, Schwerin

Rudi Klobß, Cottbus

Christa Klug, Potsdam-Schlaatz

Rudolf Kosmann, Berlin-Hohenschönhausen

Maria Krüger, Berlin-Prenzlauer-Berg

Christa Kühn, Tiefthal

Horst Kühn, Berlin-Marzahn

Ruth Kunze, Berlin-Pankow

Alfred Lange, Potsdam-Waldstadt

Emil Lochotzke, Potsdam-Zentrum

Walter Meusinger, Suhl

Günter Müller, Chemnitz

Fritz Otto, Cottbus

Erich Pfeiffer, Berlin-Friedrichsfelde

Helmut Pohl, Schönebeck

Hans-Joachim Rahle, Pirna

Sonja Rahmsch, Berlin-Marzahn *)

Dieter Rammelt, Berlin-Lichtenberg

Klaus Reichel, Quedlinburg

Herbert Reimer, Erfurt

H.-Eberhard Riedel, Stralsund

Gerhard Rossow, Berlin-Pankow

Heinz Rümmler, Berlin-Friedrichshain

Ingeborg Schmidt, Berlin-Prenzlauer Berg

Dr. Paul Schröder, Magdeburg

Manfred Schubert, Gelenau

Herbert Schur, Halle

Benno Starke, Greifswald

Wolfgang Steinkopf, Leipzig

Karl Stöckigt, Berlin-Hellersdorf

Siegfried Thiele, Aschersleben

Gerhard Voigtländer, Chemnitz

Gisela Walter, Cottbus

Hardy Weichold, Stollberg

Rainer Wolf, Berlin-Marzahn

Paul Wellnitz, Potsdam-West

*) Der Name wurde für Nr. 9/03 versehentlich falsch übermittelt.

► Fortsetzung von Seite 7

dieser Verfolgung organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Wichtig ist das Datenmaterial über den Umfang, die Ergebnisse und die Folgen der Verfahren.

In dem Beitrag von Günter Sarge werden unter der Überschrift »Recht oder Unrecht – um die Wahrheit geht es« einige Eckpunkte des Verfolgungswillens zur Verurteilung der DDR behandelt.

Zu Recht behandelt Sarge dabei den Missbrauch der von Radbruch 1946 zur Bekämpfung nazistischer Verbrechen geprägten Formel, um DDR-Bürger unter Bruch des Rechts zu verurteilen. Seine Ausführungen zur angeblichen Existenz »natürlicher Rechte« des Menschen sind allerdings ebenso angreifbar wie die Behandlung des »Naturrechts«. Es wird nicht deutlich, dass die Rolle des »Naturrechts« in der Gesellschaft höchst zwiespältig ist. Das »Naturrecht« ist ein ideologisches Konstrukt der Klassenseinsetzung. Werden Naturrechtsforderungen schließlich im Gesetz fixiert, erhalten sie eine andere Qualität, nämlich die des positiven Rechts. Sie sind jedenfalls nicht dem Menschen »angeboren«.

Horst Bischoff und Karli Coburger prüfen einige der »Untaten«, die hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS angelastet werden, auf ihren Wahrheitsgehalt. Allerdings hätte man sich bei einigen Passagen eine tiefergehendere und vollständigere Darstellung und Argumentation gewünscht. So wird, um ein Beispiel zu nennen, die Problematik der »Verschleppungen« leider nicht tiefgründig genug abgehandelt.

Arnold Schölzel trifft ins Schwarze, wenn er in seinem Vorwort schreibt, dass »die Leichtigkeit, mit der 1990 elementare Rechtsvorschriften für Ex-DDR-Bürger außer Kraft gesetzt wurden, ... zur generellen Haltung bundesdeutscher Politik und Justiz im Umgang mit nationalem und internationalem Recht geworden« ist.

Er unterlegt seine Grundaussage mit dem Verweis auf den Abbau des Sozialstaates und die Negierung des Völkerrechts bis hin zur Akzeptanz von Aggressionskriegen.

Hervorzuheben ist die Handhabbarkeit der Publikation. Unter anderem ein Personenregister und ein Sachwortverzeichnis, eine Auflistung der angeführten Gerichtsentscheidungen und ein Dokumentenanhang machen die Publikation zu einem praktikablen Handbuch.

Artur hat Arbeit – Schicksal Ost Von Rainer Voigt

Die zunehmende Distanzierung einstmalig gut-nachbarschaftlicher Beziehungen der Bewohner einer »Platte« in der Leipziger Innenstadt ist nicht das einzige Opfer für die Deutsche Einheit. Existenzbedrohung, Treuhandkorruption, Turbo-kapitalismus, Mobbing, Arbeitsplatzverlust, Konsumterror, Ellenbogenmentalität, Entsolidarisierung, aber auch Möglichkeiten zum unendlichen Geldverdienen, Verlockungen zur Kriminalität und neue Freiheiten sind Erfahrungen, die fast jeder »Ossi« mehr oder weniger erlebt hat.

Mit der Frage: »Wem nützt es« soll der Leser befähigt werden, den Blick nach vorn zu richten und das mancherorts andauernde Jammern zu überwinden. Authentische Schicksale wurden zum Nachdenken aufbereitet.

ISBN 3-937290-03-6

Engelsdorfer Verlagsgesellschaft
BaB Edition 8,90 €

Der Vorstand teilt mit:

Im Mittelpunkt der Vorstandssitzung am 24.9. 2003 standen Berichte von fünf Landesbeauftragten über die Situation, Erfahrungen und Aktivitäten in den jeweiligen Ländern. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten hierbei die mit Landes- und Bundespolitikern geführten bzw. geplanten Gespräche. Der Vorstand beschloss, in seiner nächsten Sitzung im Oktober ausführlich über die »Agenda 2010« zu debattieren.

Peter Speck berichtete über drei regionale Erfahrungsaustausche mit Kassierern von ISOR, aus denen sich wertvolle Anregungen für die weitere Finanzarbeit unseres Vereins ergeben.

Von Mitglied zu Mitglied:

Biete ganzjährig komfort. Ferienhaus in **Tras-senheide/Usedom**. Tel.: 033205 - 64221



7 Ü/HP für 170 EURO in der **Lausitz!**
Komf. Fz und Fw in ruhiger Lage, Flachland;
Ausflugsmöglichkeiten nach Görlitz, Bautzen
und Zittau, Bahnanschluss;
Hotelpension Weiser, Tel.: 035894-30470
www.pension-weiser.de



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



SIEGMAR BOß, Berlin-Hohenschönh.
JOACHIM BRÖSEL, Schönebeck
OPHR DR. JOACHIM BÜCHNER,
Berlin-Friedrichshain
ANNETTE BÜTTNER, Berlin-Treptow
WERNER ENGELMANN, Hoyerswerda
PRIMO ERDMANN, Berlin-Pankow
HORST GÜNTHER, Bln.-Prenzlauer Berg
KLAUS HAASE, Berlin-Mitte
MARGARETHE HAMMER, Kamenz
HANNI HAVENSTEIN, Potsdam-Waldstadt
ROLF-RÜDIGER HEB, Sömmerda
ARTHUR HEYNE, Schöneiche
WALTRAUD JUNG, Halle
GÜNTER KILIAN, Chemnitz
HELMMA KLAPPROTH, Rochlitz
FRIEDRICH-FRANK KOLLMORGEN, Dessau
SIEGFRIED KUMS, Raschau
WERNER LEONHARDT, Berlin-Treptow
KARL LISSNER, Potsdam-Waldstadt
GÜNTER MÄNNCHEN, Dresden
JOSEF MANDERLA, Wolgast
WOLF NOSKE, Dresden
HELMUT PITKORSCH, Aschersleben
GÜNTER RASCHENDÖRFER, Halle
HELMUT REICHMUTH, Jena
URSULA REINHARDT, Berlin-Köpenick
KURT REISCHE, Pößneck
ERICH ROSSBERG, Berlin-Hohenschönh.
WOLFGANG ROTHER, Berlin-Köpenick
HERBERT SCHEUER, Demmin
IRMGARD SCHLAG, Halle
HORST SCHÜMMANN, Bln.-Hohenschönh.
ROLAND SCHWABE, Cottbus
LEOPOLD STANOSSEK, Jena
SIEGFRIED WAGNER, Bischofswerda
HENRY WEBER, Rostock
HANS-JOACHIM WEINREBE, Wolgast
HORST WIEßNER, Görlitz
RUDOLF WILLER, Halberstadt
KLAUS WINDISCH, Bernau
BERNHARD ZORN, Giesenhorst

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 30.09.2003

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr